

Substanzielles Protokoll 94. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 7. Dezember 2011, 20.30 Uhr bis 22.59 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Substanzielles Protokoll: Sarah Stutte

Anwesend: 119 Mitglieder

Abwesend: Dr. Guido Bergmaier (SVP), Monika Erfigen (SVP), Roger Liebi (SVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Niklaus Scherr (AL), Bruno Sidler (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|--------------------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 14. | 2011/279 | Weisung vom 13.07.2011: Theater Stok, Jahresbeiträge 2012 bis 2015 | STP |
| 15. | 2011/280 | Weisung vom 13.07.2011: Tanzhaus Zürich, Jahresbeiträge 2012 bis 2015 | STP |
| 16. | 2011/281 | Weisung vom 13.07.2011: Theater Winkelwiese, Jahresbeiträge 2012 bis 2015 | STP |
| 17. | 2011/282 | Weisung vom 13.07.2011: Verein Fabrikjazz Zürich, Jahresbeiträge 2012 bis 2015 | STP |
| 18. | 2011/283 | Weisung vom 13.07.2011: Theaterhaus Gessnerallee, Jahresbeitrag ab 2012ff. | STP |
| 19. | 2011/381 | E/A Dringliches Postulat der CVP-Fraktion vom 05.10.2011: Verstärkte Personenkontrolle beim Einlass zu den Heimspielen des FCZ und GCZ | VSS |
| 23. | 2011/121 | A Dringliche Motion von Severin Pflüger (FDP), Kurt Hüsey (SVP) und 42 Mitunterzeichnenden vom 13.04.2011: Vorschriften über das Anbringen von Reklameanlagen im öffentlichen Grund, Ausarbeitung eines Erlasses | VHB |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

2075. 2011/279

Weisung vom 13.07.2011: Theater Stok, Jahresbeiträge 2012 bis 2015

Antrag des Stadtrats

1. Der Jahresbeitrag an den Verein Theater Stok für die Koordination, Organisation, Betreuung und Durchführung von kulturellen Veranstaltungen wird auf der Höhe der bisherigen Grundlagen fortgeführt und für die Jahre 2012 bis 2015 auf Fr. 33 497.– festgesetzt (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten).
2. Der Erlass der jährlichen Mietkosten für das Theater Stok in der Höhe von Fr. 79 368.– wird bewilligt und der Abteilung Kultur vom HBD direkt verrechnet.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Claudia Simon (FDP): *Das Theater Stok bietet mit seiner speziellen Kelleratmosphäre ein breites Spektrum an Kleinkunst, Theater, Literatur und Musik. 2010 wurden insgesamt 180 Veranstaltungen mit 82% Belegung durchgeführt. Die Räumlichkeiten konnten darüber hinaus im letzten Jahr auch für andere kulturelle Anlässe zu 100% vermietet werden. Das Stok ist einzigartig in Zürich und deckt Bedürfnisse und Angebote ab, die andere Stadttheater nicht abdecken. Die Kommissionsmehrheit ist deshalb der Meinung, dass die städtische Unterstützung mit den bisherigen Subventionen weitergeführt werden sollte.*

Dr. Thomas Monn (SVP): *Das ist Soziokultur, wie sie in Zürich schon seit längerem praktiziert wird: Die Stadt zahlt Subventionen und die Miete des Theaters. Dieses verdient sich durch Weitervermietung der Räumlichkeiten jährlich einen hohen Betrag dazu. Es ist von einem grossen Andrang an Kulturschaffenden und von über 10 000 BesucherInnen die Rede, trotzdem schafft es der Theaterverein nicht, das angeblich so beliebte Kleintheater einigermaßen rentabel zu führen. Wenn ein Kulturangebot weniger als 1% der Bevölkerung interessiert, soll es von den Besucherinnen und Besuchern selber unterstützt und gefördert werden. Die SVP lehnt die Weisung deshalb ab.*

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsidentin Claudia Simon (FDP), Referentin; Vizepräsident Mark Richli (SP), Isabel Garcia (GLP), Marc Hohl (FDP), Christina Hug (Grüne), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)

Minderheit: Dr. Thomas Monn (SVP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Marina Garzotto (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 22 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Jahresbeitrag an den Verein Theater Stok für die Koordination, Organisation, Betreuung und Durchführung von kulturellen Veranstaltungen wird auf der Höhe der bisherigen Grundlagen fortgeführt und für die Jahre 2012 bis 2015 auf Fr. 33 497.– festgesetzt (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten).
2. Der Erlass der jährlichen Mietkosten für das Theater Stok in der Höhe von Fr. 79 368.– wird bewilligt und der Abteilung Kultur vom HBD direkt verrechnet.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 14. Dezember 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 13. Januar 2012)

2076. 2011/280

Weisung vom 13.07.2011:

Tanzhaus Zürich, Jahresbeiträge 2012 bis 2015

Antrag des Stadtrats

1. Die Erhöhung des Jahresbeitrags an den Verein Tanzhaus Zürich ab 2012 von bisher Fr. 509 166.– (Stand 2011) um Fr. 50 000.– auf neu Fr. 559 166.– wird bewilligt.
2. Der Beitrag wird auf Beginn jeden Jahres nach Massgabe des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise an die bis dann aufgelaufene Teuerung angepasst.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Christina Hug (Grüne): *Das Tanzhaus ist ein wichtiges Kompetenzzentrum für das zeitgenössische Tanzschaffen. Im Jahr 2010 hat es ungefähr 120 Veranstaltungen angeboten. Es ist ein Ort für Weiterbildung, Vernetzung und Vermittlung, macht die gesellschaftliche Relevanz von Tanz und Choreographie gegen aussen sichtbar und will zukünftig noch mehr Gewicht auf die Nachwuchsförderung legen. Die Erhöhung im Antrag des Stadtrats ist budgetneutral, da im Bereich Tanz am Ende dieses Jahres auf eine weitere Subvention des Schweizerischen Internationalen Workshop in Choreographie (SiWiC) verzichtet wird. Die Mehrheit der Kommission bittet um die Zustimmung der Vorlage.*

Marina Garzotto (SVP): *Jetzt wo das unbedeutende Tanzprojekt SiWiC nicht mehr von der Stadt unterstützt werden soll, schlägt uns diese Weisung vor, das gesparte Geld gleich woanders anzulegen. Dies beim Tanzhaus, das schon hohe Subventionen bekommt und auch die Miete nicht selber tragen muss, obwohl es extra für seine Zwecke umgebaut, modernisiert und renoviert wurde. In der Stadtverwaltung nennt man das budgetneutral, vielmehr ist es aber ein unverantwortlicher Umgang mit Steuergeldern. Ausserdem missfällt, dass auch diese Subvention jährlich der Teuerung angepasst werden soll. Aus all diesen erwähnten Gründen lehnt die SVP die Weisung ab.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Im Unterschied zum Rahmenkredit, den wir im ersten Teil der Sitzung besprochen haben, geht es hier um die freie Tanzszene. Und wir sparen damit*

tatsächlich ein klein wenig, da beim SiWiC zwar 60 000 Franken gestrichen werden, wir beim Tanzhaus aber um 50 000 Franken erhöhen. Ich bitte Sie, dem Antrag des Stadtrats zuzustimmen.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Simon Kälin (Grüne) i.V. von Christina Hug (Grüne), Referentin; Präsidentin Claudia Simon (FDP), Vizepräsident Mark Richli (SP), Isabel Garcia (GLP), Marc Hohl (FDP), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)
Minderheit: Marina Garzotto (SVP), Referentin; Ruth Anhorn (SVP), Mauro Tuena (SVP) i.V. von Dr. Thomas Monn (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 22 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Die Erhöhung des Jahresbeitrags an den Verein Tanzhaus Zürich ab 2012 von bisher Fr. 509 166.– (Stand 2011) um Fr. 50 000.– auf neu Fr. 559 166.– wird bewilligt.
2. Der Beitrag wird auf Beginn jeden Jahres nach Massgabe des Zürcher Städteindexes der Konsumentenpreise an die bis dann aufgelaufene Teuerung angepasst.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 14. Dezember 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 13. Januar 2012)

2077. 2011/281

Weisung vom 13.07.2011:

Theater Winkelwiese, Jahresbeiträge 2012 bis 2015

Antrag des Stadtrats

1. Der Jahresbeitrag an den Verein Theater Winkelwiese wird von bisher Fr. 654 507.– (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindexes der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten) um Fr. 70 000.– auf neu Fr. 724 507.– erhöht.
2. Der Beitrag wird auf Beginn jedes Jahres nach Massgabe des Zürcher Städteindexes der Konsumentenpreise der bis dann eingetretenen Teuerung angepasst.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Elisabeth Makwana-Boss (SP): *Das Theater Winkelwiese hat eine bald 50-jährige Tradition. Es ist ein kleines Theater mit einem hohen künstlerischen Wert und ist für sein einzigartiges Profil im deutschsprachigen Raum bekannt. Der sogenannte Dramenprozessor fördert dort Autoren, die später an renommierte Verlage oder Theater vermittelt werden. Die Stadt Zürich leistet also einen direkten Beitrag zum Aufbau einer neuen Generation von Schweizer AutorInnen. Um die Erfüllung des Leistungsauftrags, faire Gagen für die KünstlerInnen und ihre soziale Sicherheit zu gewährleisten, aber auch, um das qualitative Niveau zu halten, beantragt das Theater eine Erhöhung der Subventionen. Die Mehrheit der Kommission unterstützt diese Weisung.*

Ruth Anhorn (SVP): Das Theater Winkelwiese ist ein Kleintheater mit 30 Plätzen. Zwei von zehn AbsolventInnen dieses Dramenprozessors sind anschliessend erfolgreich. Die Subventionen betragen heute bereits 70% der Gesamteinnahmen und sollen nun nochmals erhöht werden. Der Aufwand ist enorm, der Ertrag geringfügig. Die SVP-Fraktion stimmt deshalb dem Antrag nicht zu.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Das Theater an der Winkelwiese ist klein und deshalb wenig attraktiv für Sponsoren. Aufgrund seiner Eingeschränktheit, aber auch aufgrund seiner herausragenden Leistungen im schweizweiten Theaterschaffen, beantragen wir die Subventionserhöhung für das Theater Winkelwiese.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

| | |
|-------------|--|
| Mehrheit: | Elisabeth Makwana-Boss (SP), Referentin; Präsidentin Claudia Simon (FDP), Vizepräsident Mark Richli (SP), Isabel Garcia (GLP), Marc Hohl (FDP), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Simon Kälin (Grüne) i.V. von Christina Hug (Grüne), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP) |
| Minderheit: | Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Marina Garzotto (SVP), Mauro Tuena (SVP) i.V. von Dr. Thomas Monn (SVP) |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 22 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Jahresbeitrag an den Verein Theater Winkelwiese wird von bisher Fr. 654 507.– (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindexes der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten) um Fr. 70 000.– auf neu Fr. 724 507.– erhöht.
2. Der Beitrag wird auf Beginn jedes Jahres nach Massgabe des Zürcher Städteindexes der Konsumentenpreise der bis dann eingetretenen Teuerung angepasst.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 14. Dezember 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 13. Januar 2012)

2078. 2011/282

Weisung vom 13.07.2011:

Verein Fabrikjazz Zürich, Jahresbeiträge 2012 bis 2015

Antrag des Stadtrats

1. Der Jahresbeitrag an den Verein Fabrikjazz Zürich wird von Fr. 134 300.– um Fr. 20 000.– erhöht und für die Jahre 2012 bis 2015 auf Fr. 154 300.– festgesetzt (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindexes der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten).
2. Der Beitrag wird auf Beginn jeden Jahres nach Massgabe des Zürcher Städteindexes der Konsumentenpreise an die bis dann aufgelaufene Teuerung angepasst.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Claudia Simon (FDP): Die Kommissionsmehrheit stellt die Qualität, das Angebot und die Beliebtheit des Fabrikjazz nicht in Frage. Jedoch stimmte der Gemeinderat vor einigen Wochen mit deutlicher Mehrheit dem Kulturleitbild zu. Dieses beinhaltet eine engere Zusammenarbeit der öffentlichen Hand, Privaten und Stiftungen für eine vielfältige und qualitativ hochstehende Zürcher Kulturförderung. Der Verein Fabrikjazz erfüllt die Kriterien der Eigenverantwortung und Eigenwirtschaftlichkeit dieses Kulturleitbildes nicht. Die Rote Fabrik und auch der Verein Fabrikjazz haben sich selbst klare Sponsoringvorgaben gestellt, um ihre Unabhängigkeit zu bewahren. Doch dies wollen viele andere Zürcher Kulturinstitutionen auch und laufen sich trotzdem die Füsse wund, um an Geld zu kommen. Die Kommissionsmehrheit bittet darum, der Weisung nicht zuzustimmen.

Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP): Der Verein Fabrikjazz wurde 1981 mit dem Ziel gegründet, für den zeitgenössischen Jazz und die improvisierte Musik eine Plattform zu schaffen. Haupttätigkeit des Vereins ist die Durchführung der beiden Festivals Taktlos und Unerhört. Die Rote Fabrik und der Verein Fabrikjazz stehen mit ihrem Sponsoringreglement für ethische Grundsätze ein, weil sie sich für faire Arbeitsbedingungen möglicher Vertragsfirmen aussprechen. Die Erhöhung soll die Stabilität der Subventionen gewährleisten, mit dem Ziel gleichbleibender Besucherzahlen, einer guten Bezahlung der KünstlerInnen und einer Qualitätssicherung der Festivals. Ich bitte Sie, die Erhöhung zu genehmigen.

Ruth Anhorn (SVP): Die SVP-Fraktion hat die Rote Fabrik immer als Ganzes zurückgewiesen und deshalb auch den Verein Fabrikjazz, der daraus hervorgegangen ist. Nach wie vor wird der Fabrikjazz von der Roten Fabrik quersubventioniert, denn die IG Rote Fabrik bekommt ihr Geld von der Stadt. Für die Durchführung des Festivals Unerhört wurde vor vier Jahren ein eigener Verein gegründet. Warum leistet dieser keinen finanziellen Beitrag? Wenn die Festivals und Konzerte offenbar so gut bei der Bevölkerung ankommen, könnten mehr Einnahmen getätigt und mehr Anstrengungen in Sachen Sponsoring unternommen werden. Die SVP lehnt die Weisung ab.

Weitere Wortmeldungen:

Bernhard Piller (Grüne): In einem politischen Gremium sollte bei solchen Kulturvorlagen nicht politisch wertend entschieden werden, sondern neutral. Unabhängig auch davon, ob einem die Musikrichtung gefällt oder nicht. Es ist seltsam, wenn der Tonhalle Geld und eine Erhöhung zugestanden wird, im Vergleich dazu experimentellem Jazz aber eine Subvention verweigert werden soll, die nicht mal einem Hundertstel des Tonhallebetrags entspricht. Dieser kleinen Erhöhung sollte man zustimmen, um andersartiger Musik die gleiche Chance zu geben, die kommerzielle auch bekommt.

Claudia Simon (FDP): Es geht nicht darum, ob wir die Musik des Fabrikjazz mögen oder nicht. Es geht darum, dass wir bei allen Weisungen darauf geachtet haben, wer genügend Eigeninitiative zeigt. Gerade von den Grünen kam der Antrag, dass auch die Tonhalle jährlich berichten muss, woher ihre Sponsorengelder kommen. Der Verein Fabrikjazz darf sich genauso wenig zurücklehnen und nur den grossen Betrag von der Stadt beanspruchen wollen.

Christina Hug (Grüne): Der Verein Fabrikjazz funktioniert nur dank dem Engagement, grossen Einsatz, Herzblut und Geld von Privaten so gut. Es ist schlicht und einfach nicht wahr, dass der Verein nur Stadtgelder ausgeben will. Den Fabrikjazz dafür zu bestrafen, dass er sich an die Sponsoringvorgaben der Roten Fabrik hält, ist traurig. Dies geschieht aus der Überzeugung heraus, auf das Geld von gewissen Firmen besser zu verzichten.

Mauro Tuena (SVP): Von einer kleinen Erhöhung kann hier keine Rede sein. Der zusätzliche Antrag macht auf den Betrag 17% aus. Ein geringer Aufwand wären zum Beispiel 3%. Man sollte die Relationen sehen. Eine kleine Minderheit profitiert vom Fabrikjazz, wofür die ganze Bevölkerung zahlen soll.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Mit den beiden Festivals wurde für Zürich und weit darüber hinaus eine wichtige Position im Jazzsegment erlangt. Es freut mich, dass diese Leistung von allen Parteien nicht bestritten wird. Die SVP argumentiert sachfremd, wenn sie festhält, schon immer gegen die Rote Fabrik und damit auch gegen den Fabrikjazz gewesen zu sein. Der Fabrikjazz ist als Institution eigenständig. Des Weiteren gilt im künstlerischen Schaffen die grosse Abstützung in der Bevölkerung nicht automatisch als Qualitätsmerkmal. Doch wenn sich die SVP schon aufs Volk beruft: Dieses stand immer hinter der Roten Fabrik. Eine Erhöhung von 17% hört sich nach viel an, doch ein kleinerer Betrag fordert nun mal höhere Prozentzahlen. Die Jazzmusik ist wichtig für die Zürcher Szene. Das Engagement des Fabrikjazz sollte man honorieren. Den Wunsch, dass der Verein sein Sponsoring eigenständig vorantreibt, werde ich weiterleiten. Dennoch bitte ich jetzt darum, einer Erhöhung zuzustimmen.

Weitere Wortmeldungen:

Thomas Schwendener (SVP): Das nächste Mal lege ich solche Weisungen öffentlich aus, damit das Volk sieht, wie im Gemeinderat das Geld ausgegeben wird. Es kann doch nicht sein, dass ein Verein, trotz seiner angeblich grossen Resonanz, seit seiner Gründung 1981 nicht weiss wie er sich über Wasser halten soll.

Mauro Tuena (SVP): Sicherlich steht das Volk hinter dem Fabrikjazz, weil es nicht weiss, dass dieser durch ihre Steuergelder mitfinanziert wird. Ich hätte grosse Lust aufzeigen, wie die Finanzen miteinander verknüpft sind. Dann müsste man den StadtzürcherInnen erklären, warum der Grossteil der Bevölkerung für einen kleinen Teil Kultur zahlt.

Änderungsantrag 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Eine Minderheit 1 der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

1. Der Jahresbeitrag an den Verein Fabrikjazz Zürich wird für die Jahre 2012 bis 2015 auf dem Betrag von Fr. 134 300.– weitergeführt.

Eine Minderheit 2 der SK PRD/SSD beantragt die Ziffer 1 des Dispositivs zu streichen.

| | |
|---------------|---|
| Mehrheit: | Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Referentin; Vizepräsident Mark Richli (SP), Simon Kälin (Grüne) i.V. von Christina Hug (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Lucia Tozzi (SP) |
| Minderheit 1: | Präsidentin Claudia Simon (FDP), Referentin; Isabel Garcia (GLP), Marc Hohl (FDP), Jean-Claude Virchaux (CVP) |
| Minderheit 2: | Ruth Anhorn (SVP) Referentin; Marina Garzotto (SVP), Mauro Tuena (SVP) i.V. von Dr. Thomas Monn (SVP) |

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

| | |
|----------------------------|-------------|
| Antrag Stadtrat / Mehrheit | 61 Stimmen |
| Antrag Minderheit 1 | 58 Stimmen |
| Antrag Minderheit 2 | 0 Stimmen |
| Total | 119 Stimmen |
| = absolutes Mehr | 60 Stimmen |

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Änderungsantrag 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt die Ziffer 2 des Dispositivs zu streichen.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

| | |
|-------------|---|
| Mehrheit: | Präsidentin Claudia Simon (FDP), Referentin; Ruth Anhorn (SVP), Isabel Garcia (GLP), Marina Garzotto (SVP), Marc Hohl (FDP), Mauro Tuena (SVP) i.V. von Dr. Thomas Monn (SVP), Jean-Claude Virchaux (CVP) |
| Minderheit: | Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Referentin; Vizepräsident Mark Richli (SP), Simon Kälin (Grüne) i.V. von Christina Hug (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Lucia Tozzi (SP) |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 60 gegen 58 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des bereinigten Antrags des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum bereinigten Antrag des Stadtrats.

| | |
|-------------|---|
| Mehrheit: | Präsidentin Claudia Simon (FDP), Referentin; Ruth Anhorn (SVP), Isabel Garcia (GLP), Marina Garzotto (SVP), Marc Hohl (FDP), Mauro Tuena (SVP) i.V. von Dr. Thomas Monn (SVP), Jean-Claude Virchaux (CVP) |
| Minderheit: | Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Referentin; Vizepräsident Mark Richli (SP), Simon Kälin (Grüne) i.V. von Christina Hug (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Lucia Tozzi (SP) |

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 58 gegen 61 Stimmen ab.

Damit ist beschlossen:

Der Jahresbeitrag an den Verein Fabrikjazz Zürich wird von Fr. 134 300.– um Fr. 20 000.– erhöht und für die Jahre 2012 bis 2015 auf Fr. 154 300.– festgesetzt (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten).

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 14. Dezember 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 13. Januar 2012)

2079. 2011/283

**Weisung vom 13.07.2011:
Theaterhaus Gessnerallee, Jahresbeitrag ab 2012ff.**

Antrag des Stadtrats

1. Die Erhöhung des Jahresbeitrags an den Verein Theaterhaus Gessnerallee ab 2012 von bisher Fr. 1 889 000.– (Stand 2011) um Fr. 200 000.– auf neu Fr. 2 089 000.– und ab 2013 um nochmals Fr. 200 000.– auf Fr. 2 289 000.– wird bewilligt.
2. Der Erlass der jährlichen Mietkosten für das Theaterhaus Gessnerallee in der Höhe von Fr. 1 109 568.– wird bewilligt und der Abteilung Kultur vom HBD direkt verrechnet.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Marc Hohl (FDP): *Das Theaterhaus Gessnerallee hat sich in den letzten zwanzig Jahren zum wichtigsten Haus in der Schweiz für Tanz- und Theaterschaffen entwickelt und sich sogar international einen Namen gemacht. Die Subventionen wurden gemessen am Ertrag in den letzten sieben Jahren reduziert. Trotz des Erfolgs fehlt dem Theaterhaus für internationale Gastspiele, höhere Betriebskosten und angemessene Gagen das entsprechende Geld. Darunter leiden auch das Restaurant und die Bar Stall 6. Es ist nicht länger tragbar, dass die unsichere Restauration ans Kerngeschäft zahlen muss. Ohne beantragte Subventionserhöhung muss die Gessnerallee in Zukunft eine Qualitätseinbusse erleiden, was einen der wichtigsten Pfeiler der Zürcher Kultur erheblich schwächen würde. Ich bitte Sie, der Weisung zuzustimmen.*

Marina Garzotto (SVP): *Das Theaterhaus Gessnerallee entwickelt sich zu einem Fass ohne Boden, weil es jährlich grössere Summen fordert. In der Weisung steht, die Gessnerallee habe sich sehr bemüht mehr zu erwirtschaften. Restaurant und Bar hätten dazu beitragen sollen, dass das Theaterhaus rentiert. Doch das Rauchverbot und das schlechte Wetter machten dem lukrativen Nebenzweig offenbar einen Strich durch die Rechnung, weshalb nun wieder die Stadt Geld sprechen soll. Die Lohnsumme des Theaterhauses ist gestiegen, zudem verschlingen Technik, Licht und Ton auf der Bühne und in der Werkstatt Unsummen. Kein Wunder also, dass die bisherigen Subventionen nicht ausreichen. Die SVP sagt dazu Nein und fordert eine Ablehnung.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Die finanziellen Schwierigkeiten des Theaters sind eine negative Begleiterscheinung seines Erfolgs. Es wurde für die Gessnerallee immer schwieriger, mit den bestehenden finanziellen Mitteln, Subventionen und Beiträgen über die Runden zu kommen. Die Erhöhung per Saldo liegt lediglich bei einem Betrag von 300 000 Franken, weil in den letzten zwei Jahren 100 000 Franken aus dem Budget für Internationale Gastspiele an die Gessnerallee ausgerichtet worden sind. Mit der Erhöhung wird es dem Theater wieder möglich sein, die Internationalen Gastspiele selber zu finanzieren und sich mit angemessenen Beiträgen und Gagen an lokalen und internationalen Co-Produktionen zu beteiligen. Ich bitte um Zustimmung des Antrags.*

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Marc Hohl (FDP), Referent; Präsidentin Claudia Simon (FDP), Vizepräsident Mark Richli (SP), Isabel Garcia (GLP), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Simon Kälin (Grüne) i.V. von Christina Hug (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)
Minderheit: Marina Garzotto (SVP), Referentin; Ruth Anhorn (SVP), Mauro Tuena (SVP) i.V. von Dr. Thomas Monn (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 20 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Die Erhöhung des Jahresbeitrags an den Verein Theaterhaus Gessnerallee ab 2012 von bisher Fr. 1 889 000.– (Stand 2011) um Fr. 200 000.– auf neu Fr. 2 089 000.– und ab 2013 um nochmals Fr. 200 000.– auf Fr. 2 289 000.– wird bewilligt.
2. Der Erlass der jährlichen Mietkosten für das Theaterhaus Gessnerallee in der Höhe von Fr. 1 109 568.– wird bewilligt und der Abteilung Kultur vom HBD direkt verrechnet.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 14. Dezember 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 13. Januar 2012)

2080. 2011/381

Dringliches Postulat der CVP-Fraktion vom 05.10.2011:

Verstärkte Personenkontrolle beim Einlass zu den Heimspielen des FCZ und GCZ

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Marcel Schönbächler (CVP)** begründet namens der CVP-Fraktion das Dringliche Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1833/2011): Der Vorfall vom 2. Oktober im Letzigrund hat uns unmissverständlich aufgezeigt, dass die Sicherheit in und um das Stadion gefährdet ist. Es sind bauliche Massnahmen vorgesehen, so zum Beispiel mehr Drehkreuze für bessere Personenkontrollen. Auch über die Sicherung des Aussenzauns, durch den Petarden einfach durchgereicht werden können, wird diskutiert. Die verstärkten Personenkontrollen, die wir mit diesem Postulat fordern, bedingen fachmännisch geschultes Personal. Im Letzigrund stehen zwar ausgebildete Leute an den Eingängen, doch sind sie untervertreten. Bei einem grossen Andrang müssen oft Studenten mit marginalen Kenntnissen aushelfen. Zudem soll geprüft werden, ob Metalldetektoren eingesetzt werden können. Dass eine konsequente, zeitlich ausgedehnte Kontrolle zu längeren Wartezeiten führt, stimmt nur bedingt. Öffnet man das Stadion ein bis zwei Stunden vor dem Spiel, bleibt genügend Zeit, um grosse Kontrollen zu machen. Dazu muss man an die Eigenverantwortung der Fussballfans appellieren. Ich bitte um die Zustimmung des Postulats.*

***Alecs Recher (AL)** begründet den namens der AL-Fraktion am 2. November 2011 gestellten Ablehnungsantrag: Weder schriftlich noch im Votum wurde die Frage beantwortet: Warum diese Kontrollen nur in den Derbys stattfinden sollen? Die Leute können kaum konsequent am Eingang durchsucht werden. Dies bräuchte viel Personal und einen reibungslosen Ablauf, um dies in der vorgeschlagenen Zeit mit früherer Öffnung zu gewährleisten. Aber auch mit verschärften Personenkontrollen wird das Stadion nicht vollständig sicher, weil die Fans mit den gefährlichen Gegenständen die Kontrollen bewusst umgehen, indem sie alles schon viel früher ins offene Stadion schmuggeln. Das ist ein totaler Verhältnisblödsinn.*

Weitere Wortmeldungen:

Guido Trevisan (GLP): Die Stadt ist Besitzer des Letzigrunds und damit verantwortlich für die Hausordnung. Darin sind alle für eine Eintrittskontrolle nötigen Punkte bereits aufgeführt. Die Clubs sind gefordert, situationsbedingt die bestehende Hausordnung anzuwenden. Das Postulat weist zwar auf ein aktuelles Problem hin, greift jedoch ins Leere. Man sollte lieber den Zaun rund ums Stadion unter die Lupe nehmen und hoffen, dass der Stadtrat daraus die richtigen Lehren für das neue Zürcher Stadion zieht. Wir stören uns auch daran, dass einmal mehr wegen einem Prozent Krawallschlägern 99 Prozent friedliche Fans das Nachsehen haben sollen. Aus diesen Gründen lehnen wir das Postulat ab.

Roland Scheck (SVP): Das Postulat ist schön populistisch, aber wenig effektiv. Wenn wir von verbotenen Gegenständen im Stadion reden, ist das nicht das Produkt einzelner Personen, sondern einer ganzen Organisation dahinter. Wer sich nicht nur im Gemeinderat mit Fussball befasst, weiss, dass Petarden nie am Spieltag selbst beim offiziellen Einlass ins Stadion mitgebracht werden, sondern unter der Woche. Dies sieht man vor allem an den Auswärtsspielen. Kündigt der gastgebende Verein neue oder noch bessere Kontrollen an, werden im Gästesektor demonstrativ umso mehr Pyros gezündet. Eine Verstärkung der Personenkontrollen verbessert also die Sicherheit im Stadion nicht nachhaltig. Der grösste Effekt wird sein, dass tausende BesucherInnen beim Einlass mehr schikaniert werden. Da es aber durchaus sein kann, dass durch die mobilisierten Durchsuchungen ein Nachwuchsfackelzünder ins Netz geht, was immerhin schon etwas wäre, stimmen wir dem Vorstoss uneuphorisch zu. Mit der Bitte an den Stadtrat, die echten Probleme auch noch anzugehen.

Alan David Sangines (SP): Im vorliegenden Postulat geht es um sämtliche Heimspiele des FCZ und GCZ, nicht nur die Derbys. Es handelt sich dabei um eine Sofortmassnahme. Das Letzigrund verdient eine Sicherheitskontrolle, die ihrem Namen gerecht wird.

Ich habe es satt, dass wir nach jeder Ausschreitung grosse Voten hören, was man alles noch verbessern muss. Wenn aber konkrete Vorlagen auf dem Tisch liegen, werden diese abgeschmettert. Die Basler Fans werden wohl kaum ihr Pyromaterial eine Woche vorher im Zürcher Letzigrund verstecken. Erwischt man nur einen Einzeltäter, hat sich der Aufwand schon gelohnt. Die SP stimmt deshalb ganz klar diesem Postulat zu.

Ursula Uttinger (FDP): Auch die FDP wird das Postulat unterstützen, obwohl auch uns klar ist, dass man damit nicht alle Probleme lösen wird. Doch an den Eingängen werden spezialisierte Leute benötigt und nicht StudentInnen, die den Job nicht richtig beherrschen. Mit einer Verstärkung der Kontrollen, geben wir auch nach aussen hin ein Zeichen.

Mauro Tuena (SVP): Die SVP hat immer gesagt, dass das Letzigrund baulich eine Katastrophe ist. Jetzt redet die CVP von Nachbesserungen, obwohl sie von Anfang an einen anständigen Bau hätte unterstützen können. Das lasse ich vor allem deshalb nicht gelten, weil es ein Fraktionsvorstoss ist. Natürlich müssen Eingangskontrollen verschärft werden, aber auch das ist Pflästerlipolitik. Wenn es ein neues Stadion gibt, sollten all diese Punkte in die Planung einfliessen. Nicht, dass es zwanzig Jahre später wieder Diskussionen um die Sicherheitsmängel des neuen Stadions gibt.

Dominique Feuillet (SP): Es gibt durchaus Parallelen des FCZ und GCZ zum damaligen städtischen Gewerkschaftsbund. Man organisiert Anlässe wie den 1. Mai oder einen Fussballmatch und hat Gäste, die nicht unbedingt feiern, sondern dem Verein schaden wollen. Mit ihrem Vorstoss will die CVP subjektiv ein besseres Sicherheitsgefühl erreichen, doch ist das eine Flickenpolitik, die nicht greift. Die Personen, die etwas ins Stadion schmuggeln, müssten langwierigen Leibesvisitationen unterzogen werden. Ich müsste also um ein Uhr nachmittags losgehen um sicher zu

sein, dass ich bei Spielbeginn um vier Uhr auf meinem Platz sitze. Um die Leute zu vergraulen, muss man genau solche Postulate einreichen und mit einer Mehrheit überweisen. Man kann fast nicht dagegen sein, weil man will, dass die Fussballmatches in friedlichem Rahmen ablaufen. Doch das ist ein schlechter Lösungsansatz, besonders wenn man Zuschauer vom Match abhält und damit den Fussballclubs schadet. Das Postulat ist nicht zu unterstützen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Das Postulat ist nur Symptombekämpfung und nicht Ursachentherapie. Das Letzigrund ist windig und deshalb als Stadion völlig ungeeignet. Es musste aber auf Teufel komm raus gebaut werden, damit pünktlich zur EM drei langweilige Vorrundenspiele dort ausgetragen werden konnten. Nun zahlt man langfristig den Preis dafür. Früher haben sich die Fans noch mit ihren Clubs identifiziert. Heute spielt nur noch eine Kapitalgesellschaft gegen eine andere. Da das Herzblut fehlt, unterhalten sich einige FussballbesucherInnen mit Randalieren. Wir unterstützen das Postulat ohne Begeisterung, weil im Grunde die ganze Fussballkultur verbesserungswürdig wäre.

Mark Richli (SP): Solange der FCZ-Präsident in aller Arroganz behaupten kann, Pyros gehörten zur Fankultur und von seiner Meinung auch nicht angesichts der neuerlichen Ausschreitungen Abstand nimmt, braucht es solche Vorstösse.

Alan David Sangines (SP): Die Mehrheit der SP ist im Gegensatz zu Dominique Feuillet (SP) der Meinung, dass man die Zuschauer nicht durch verstärkte Sicherheitsmassnahmen vergrault, sondern dadurch, dass man nicht endlich Massnahmen ergreift, um die Gewalt im Sport einzudämmen. Im Moment sehe ich keinen einzigen Vorstoss der SVP, um irgendwelche Verbesserungen einzuführen. Die SVP redet davon, wie einfach es ist, Pyros ins Stadion zu schmuggeln. Das Postulat der CVP, das bauliche Massnahmen fordert, hat die SVP jedoch nicht für dringlich befunden. Es ist sehr inkonsequent, sich jetzt auf diesen Standpunkt zu stellen.

Marcel Schönbächler (CVP): Wenn das Stadion nicht sicher ist, sollte man doch genau jetzt etwas machen. Wir sind um die Zustimmung der SVP froh, teilen aber nicht deren Meinung, dass bereits alles zu spät sei. Sicherlich hätte man damals schon den offenen Zaun bemerken müssen. Doch dass man nun nichts mehr verbessern soll, nur weil man damals schon gesagt hat, dass das Stadion unsicher sei, kann ich nicht nachvollziehen. Bei den Kontrollen geht es nicht um durchgehende Leibesvisitationen oder darum, jeden einzelnen Besucher rigoros durch den Metalldetektor zu schicken. Es sollen nur die potenziell gefährlichen Leute durchsucht werden. Doch dafür braucht es geschulte Augen.

Alecs Recher (AL): Von links bis rechts finden alle, dass das Postulat nicht viel bringt, unterstützen es aber trotzdem. Es stimmt mich nachdenklich, wenn ein Parlament anfängt so zu agieren. Gestehen sie sich ein, dass sie Fussballfans grundsätzlich zu den Prügelknaben unserer Gesellschaft machen und in ihren Rechten einschränken. Gestehen sie sich auch ein, dass sie die Lösung nicht haben und das Postulat nur unterstützen, weil es gerade auf dem Tisch liegt.

Das Dringliche Postulat wird mit 89 gegen 19 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2081. 2011/121

**Dringliche Motion von Severin Pflüger (FDP), Kurt Hüssy (SVP) und 42 Mitunterzeichnenden vom 13.04.2011:
Vorschriften über das Anbringen von Reklameanlagen im öffentlichen Grund,
Ausarbeitung eines Erlasses**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab.

Severin Pflüger (FDP) begründet die Dringliche Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 1248/2011): *Im nächsten Jahr sollen alle Plakatträger die auf öffentlichem Grund stehen und heute im Eigentum der Plakatgesellschaften sind, entschädigungslos an die Stadt fallen. In manchen Quartieren sieht man bis heute gar keine Plakate. Gesuche dafür wurden zwar gestellt, doch vom Stadtrat nicht bewilligt. Wir verlangen mit der Motion, dass zukünftig der Gemeinderat und nicht mehr der Stadtrat darüber entscheiden soll, wie auf öffentlichem Grund plakatiert wird.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Der Stadtrat lehnt die Entgegennahme der Motion ab. Es handelt sich hierbei um eine sehr juristische Materie. Wir sind der Meinung, dass die Motion nicht dem entspricht, wie wir die rechtliche Lage und Sachlage in Bezug auf den Erlass der Verordnung beurteilen.*

Weitere Wortmeldungen:

Kurt Hüssy (SVP): *Einmal mehr möchte die Stadt eigenmächtig neue Vorschriften erlassen. Die Stadtverwaltung monopolisiert und vereinnahmt immer mehr den öffentlichen Grund. Plakatgesellschaften wird das Geschäft ständig erschwert. Für die letzte Ausschreibung hat die Stadt das Plakatierungsrecht für eine Laufzeit von fünf Jahren vergeben. Wer den Vertrag unterschrieb, erklärte sich gezwungenermassen damit einverstanden, dass nach Ablauf der fünf Jahre alle Plakatträger der Plakatierungsunternehmen in das Eigentum der Stadt Zürich übergehen. In den Vorschriften für das Anbringen von Reklameanlagen wurde auch festgeschrieben, dass das Recht für Plakatanschlüsse auf öffentlichem Grund ausschliesslich der Stadt zusteht. Bedenkt man, dass alle Firmen ihre Werbeträger selber herstellen und unterhalten, wurden sie damit enteignet. Die Stadt will nun alles in Eigenregie machen: Neue Werbeträger entwickeln, herstellen und vor Ort montieren, Träger vermieten, womöglich noch selber plakatieren und die Plakate in den städtischen Druckereien herstellen. Dabei hat die Stadt keinerlei Erfahrung in diesem Segment und diese Arbeit hat nichts mit ihrem Auftrag zu tun. Wir bitten deshalb um die Unterstützung der Motion.*

Matthias Probst (Grüne): *Wir haben die einmalige Gelegenheit, über die Plakate auf öffentlichem Raum neu zu verhandeln. Die Aussenwerbung erzielt ihren Wert einzig und allein durch ihre Sichtbarkeit vom öffentlichen Grund aus, weshalb auch das Interesse der Bevölkerung an der Plakatierung hoch ist. Das erhöhte öffentliche Interesse rechtfertigt, dass sich der Gemeinderat, als bessere Vertretung des Volkswillens, dem Geschäft annimmt und Rahmenbedingungen stellt. Meiner Meinung nach haben wir deutlich zuviele Plakate und diese Flut muss zu händeln sein. Das Thema ist es wert, dass man darüber eine öffentliche Debatte führt und dann gemeinsam beschliesst, in welche Richtung sich der Plakatraum in der Stadt Zürich entwickeln soll. Wir werden darum die Motion unterstützen.*

Bernhard Jüsi (SP): *Wir von der SP haben ein wenig mehr Vertrauen in den Stadtrat und in die Verwaltung. Wenn der Gemeinderat in Sachen Plakatierung mehr oder weniger das gleiche regelt, wie der Stadtrat bis anhin geregelt hat, wurde nur ein riesiger, kostenintensiver Leerlauf produziert. Ich persönlich werde mich, obwohl ich ein*

ganz klares Votum gegen die Sache ausgesprochen habe, der Stimme enthalten.

Michael Baumer (FDP): *Matthias Probst (Grüne) stört sich an der vielen Werbung. Aus unserer Sicht gehört auf öffentlichem Grund Werbung zu einem funktionierenden Wirtschaftsraum dazu. Wenn man regeln will, wer über die Nutzung des öffentlichen Raums bestimmen soll, muss man auch regeln, wie man ihn benutzen darf. Es liegt an einem Parlament, über die Wichtigkeit von Dingen zu befinden. Dazu gehört insbesondere die Festlegung von Rechtsgrundlagen. Überweisen Sie die Motion, damit wir darüber diskutieren können.*

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): *Als kleine Partei haben wir selbstverständlich auch nur ein kleines Budget in Bezug auf Werbemittel. Deshalb ist es für uns von Vorteil, wenn es genügend Plakatplätze gibt, die auch wir uns leisten können. Wir hoffen, dass die Grossen im Sinne der Demokratie an die Kleinen denken, freuen uns auf die Diskussion und unterstützen die Motion.*

Mauro Tuena (SVP): *Der Stadtrat hat im Niederdörfli die kleinen LED-Werbetafeln mit juristischen Argumenten verboten. Ich habe nur Stimmen von Leuten gehört, die darüber den Kopf geschüttelt haben. Niemanden hat diese Werbung gestört. Ich wäre sehr froh, wenn man dem Stadtrat diese Kompetenz wegnimmt. Damit hätte man die Möglichkeit, im Rat eine Debatte zu führen um zu sagen, was man will und was nicht.*

Irene Bernhard (GLP): *Die GLP unterstützt die Motion. Die Debatte macht deutlich, dass Werbung sehr umstritten ist. Wir sind aber primär der Ansicht, dass es sich effektiv um ein rechtliches Monopol handelt. Wir teilen die Auffassung des Stadtrats keinesfalls, der argumentiert, es gäbe neben der städtischen auch noch eine private Plakatfläche.*

Thomas Schwendener (SVP): *Ob die Plakate gross oder klein sind, im Vergleich zu Thailand oder Paris oder sonst einem Teil der Welt haben wir es wenigstens etwas normiert. Aber die Stadt hat offenbar gemerkt, dass es ein Business ist, mit nichts tun Geld zu verdienen und Leute zu schikanieren. Das kann es nicht sein. Ich bitte um die Unterstützung der Motion.*

Die Motion wird mit 76 gegen 38 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2082. 2011/472

**Motion von Bernhard Piller (Grüne) und Helen Glaser (SP) vom 07.12.2011:
Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), Verpflichtung zu einer jährlichen
Stromeinsparung von 1% pro Jahr auf der Basis des Referenzjahres 2012**

Von Bernhard Piller (Grüne) und Helen Glaser (SP) ist am 7. Dezember 2011 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten, welche das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz) auf Basis des Referenzjahres 2012 verpflichtet, jährlich Stromeinsparungen in einer Höhe zu erzielen, die 1 % ihres im vorangegangenen Jahr realisierten Stromabsatzvolumens entsprechen.

Begründung:

Die massive Erhöhung der Energieeffizienz stellt neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien die zentrale zweite Säule der Energiewende dar.

Die Erfahrungen der letzten Jahre und Jahrzehnte zeigen auf, dass freiwillige Massnahmen im Bereich der Energieeffizienz nicht ausreichen; sie haben nie zu den gesteckten Zielen geführt. Vor diesem Hintergrund ist es ein Gebot der Stunde, im Bereich Energieeffizienz bzw. hier im Bereich Stromeffizienz ein Mengensteuerungssystem einzuführen.

Im Grundansatz geht es bei diesem Instrument darum, das ewz zu verpflichten, einen definierten Effizienzbeitrag in ihrem Versorgungsgebiet zu erreichen. Als Referenz gilt jeweils der Verbrauch des letzten Jahres; dieser soll aus dem auf geeignete Weise standardisiert ermittelten Absatz berechnet werden.

Im bundesrätlichen Energieszenario „Neue Energiepolitik“ sieht der Bundesrat, ausgehend von einer im Jahr 2035 zu erwartenden Nachfrage von 76,8 TWh/a einen Effizienzbeitrag von 14,6 TWh/a pro Jahr vor. Die Umweltverbände halten basierend auf Untersuchungen der Schweizerischen Agentur für Energieeffizienz einen Beitrag von 19,2 TWh/a bis ins Jahr 2035 für möglich.

Das Bezugsjahr 2035 macht Sinn, weil spätestens auf dann sowohl für die Schweiz, wie auch für die Stadt Zürich der Atomausstieg geplant ist. Verteilt auf 22 Jahre (2013 – 2035) entsprechen die 14,6 TWh einer Reduktion gegenüber der Referenzentwicklung um 0.86% pro Jahr.

Unter Berücksichtigung, der Annahme, dass das Bevölkerungswachstum in der Stadt Zürich im Schweizerischen Vergleich unterdurchschnittlich sein wird und es auch weiterhin noch eine punktuelle Abwanderung von Grossstromverbrauchern aus der Stadt Zürich geben wird, ist die Stadt Zürich problemlos in der Lage, einen leicht überdurchschnittlichen Beitrag zu diesem Effizienzziel beizutragen.

Insofern ist eine Effizienzverpflichtung von 1% pro Jahr eine sehr realistische Forderung.

Mitteilung an den Stadtrat

2083. 2011/473

Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 07.12.2011: Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), Einführung von Stromspartarifen im Rahmen der nächsten Tarifrevision

Von der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion ist am 7. Dezember 2011 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten, welche die Einführung von Stromspartarifen beim Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz) vorsieht. Dies soll im Rahmen der nächsten ewz-Tarifrevision geschehen. Die neuen Tarife sollen per 01.01.2015 in Kraft treten.

Begründung:

Strom ist ein wertvoller Energieträger, welcher in Zukunft noch wertvoller werden wird. Speziell unter Berücksichtigung von Klimawandel und zunehmender Verknappung fossiler Energieressourcen finden Substitutionseffekte bzw. eine Verlagerung hin zum Energieträger Strom statt. Der gesamte Energiesektor unterliegt einer zunehmenden Elektrifizierung. Nun beeinflusst das Preisniveau eines Produkts die Nachfrage. Das ist beim Strom nicht anders als bei anderen Produkten und Gütern. Ist der Preis zu tief, besteht wenig Anreiz zum sparsamen Umgang mit einem Produkt. Ebenso wenig besteht ein Anreiz bei einem linearen Tarifmodell.

Um dem zunehmenden und ungebremsten Nachfragezuwachs beim Strom dämpfend entgegenzuwirken, gibt es diverse Stromspar-Tarifmodelle, welche sich auch kombinieren lassen. Sie seien hier beispielhaft, nicht priorisierend und nicht abschliessend, aufgezählt: Effizienzverpflichtung, progressive Tarife, aufkommensneutrales Hochpreisband rund um den aktuellen Verbrauch, aufkommensneutraler Freiemgentarif, haushaltsneutrale Stromlenkungsabgabe, Effizienzbonus, Sparbonus, Bonus-Malus-System auf die Netznutzungsentgelte.

Mitteilung an den Stadtrat

2084. 2011/474

**Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 07.12.2011:
Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), stetig ansteigender Anteil aus erneuerbarer Energieproduktion bei allen angebotenen Stromprodukten**

Von der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion ist am 7. Dezember 2011 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird verpflichtet, bei der nächsten Anpassung der Tarife des ewz die Produktpalette derart zu revidieren, dass jedes angebotene Stromprodukt über die Zeit einen stetig ansteigenden Anteil an Strom aus erneuerbarer Energieproduktion beinhaltet. Dieser Anteil soll schliesslich zum Zeitpunkt des Ausstieges aus nicht erneuerbaren Produktionsanlagen 100% erreichen. Alle Stromprodukte weisen anfangs einen Mindestanteil von 50% Strom aus erneuerbaren Energiequellen aus.

Begründung:

Die Stimmberechtigten und damit auch die KundInnen des ewz haben sich an der Urne in den letzten Jahren verschiedentlich für die Energiewende ausgesprochen. Insbesondere verlangen sie, dass wir uns ernsthaft auf den Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft machen, den CO₂-Ausstoss stark reduzieren sowie die Energieeffizienz und die erneuerbaren Energiequellen fördern. Schliesslich soll auf Bezugsrechte von neuen Atomkraftwerken verzichtet werden.

Dadurch hat sich die Situation seit der Einführung der ökologischen Stromprodukte und der damit einhergehenden Wahlfreiheit für die StrombezüglerInnen geändert: Der konsequente ökologische Umbau unserer Stromproduktion ist ein politischer Auftrag der Gemeinde.

Die Elektrizität aus nicht erneuerbaren Produktionsanlagen, wie Atomkraft, soll daher in den nächsten Jahrzehnten abgebaut werden; entfällt sie nicht durch die Reduktion des Energiekonsums, soll sie durch Strom aus erneuerbaren Energiequellen ersetzt werden. Diese Anstrengung ist eine gemeinschaftliche und soll nicht nur von einem Teil der StrombezüglerInnen getragen werden, während andere weiterhin Strom von Auslaufmodellen konsumieren (zurzeit: ewz.mixpower). Die Stromprodukte sollen also weiterhin eine abgestufte ökologische Ausrichtung haben (Wasser, Wind, Solar, etc.), jedoch mit einem Anteil nicht erneuerbaren Stromes unterlegt werden. Es sollen daneben aber auch noch Stromprodukte angeboten werden, welche zu 100% mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen abgedeckt werden. Mit dem geeigneten Verteilschlüssel auf die Produkte können insbesondere auch die Tarife sinnvoll abgestuft werden.

Diese neue Produktpalette ist Ausdruck dafür, dass wir zusammen den ökologischen Umbau unserer Stromproduktion angehen.

Mitteilung an den Stadtrat

2085. 2011/475

**Motion von Hans Jörg Käppeli (SP) und Guido Trevisan (GLP) vom 07.12.2011:
Erarbeitung eines Konzeptentscheids für eine neue Tramlinie vom Bahnhof Altstetten in den Raum Hauptbahnhof unter hälftiger Beteiligung des ZVV**

Von Hans Jörg Käppeli (SP) und Guido Trevisan (GLP) ist am 7. Dezember 2011 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung mit mindestens hälftiger Beteiligung des ZVV vorzulegen, um einen Konzeptentscheid herbei-zuführen, die Linienführung festzulegen und die Finanzierung für eine neue Tramlinie vom Bahnhof Altstetten in den Raum Hauptbahnhof (Tramlinie 1) verbindlich zu vereinbaren.

Begründung:

Die Trolleybuslinie 31 ist konstant überlastet. Aufgrund dieser sehr hohen Auslastung ist eine schnellstmögliche Umstellung auf den Trambetrieb gerechtfertigt.

In einem Vorentscheid im Zusammenhang mit der künftigen Limmattalbahn ist die Verlegung der Tramlinie 2 zum Bahnhof Altstetten und über die Hohlstrasse zum Farbhof und weiter bis nach Schlieren vorgesehen. Dieser neue Abschnitt ist damit Bestandteil einer künftigen Tramlinie 1.

Bis vor Kurzem war in der Neufrankengasse als Vorläuferbetrieb der künftigen Tramlinie 1 ein Trolleybusbetrieb vorgesehen. Dieses Projekt wurde deshalb auch schon für das Agglomerationsprogramm des Kantons Zürich in der Kategorie A für eine Realisierung zwischen 2015 und 2018 angemeldet. Obwohl der Stadtrat diese Weisung zurückziehen will, ist es notwendig zu wissen wie der künftige Strassenraum aussensehen soll, sobald Strassenbaumassnahmen oder Werkleitungsbauten anstehen.

Damit von den Bundesmitteln profitiert werden kann, muss die Planung jedoch jetzt in Angriff genommen werden.

Für Infrastrukturbauten im öffentlichen Verkehr ist der ZVV (Kanton) zuständig. Der ZVV ist zur Zeit an der Erarbeitung eines Stadtbahnkonzeptes. Er tritt aufgrund kantonaler und eidgenössischer Gesetze als Besteller für neue Infrastrukturen des öffentlichen Verkehrs auf. Die Stadt muss lediglich für ergänzende Bauten selber aufkommen. Die Finanzierung erfolgt primär durch den Bund und den Kanton (ZVV). Der ZVV ist deshalb zwingend von Anfang an in die Projektierung und die Finanzierung einzubinden.

Die genaue Linienführungen ist noch nicht bekannt. Trotz ausstehendem Linienführungsentscheid wurden bereits erste Vorinvestitionen getätigt (zB Postbrücke) und weitere sind vorgesehen (zB Neufrankengasse, Brücke Hohlstrasse über die SBB-Linie). Im Bereich des Bahnhof Altstetten werden mit der Limmattalbahn bzw. der verlegten Tramlinie 2 neue Rahmenbedingungen geschaffen für die Anknüpfung der künftigen Tramlinie 1. Hier gilt es Fehlinvestitionen zu vermeiden. Auch im Bereich Hardplatz werden mit dem Tram über die Hardbrücke neue Rahmenbedingungen geschaffen. Damit weitere Vorinvestitionen am richtigen Ort erfolgen, ist ein Linienführungsentscheid dringend nötig.

Mitteilung an den Stadtrat

2086. 2011/476

Postulat von Alecs Recher (AL) und 5 Mitunterzeichnenden vom 07.12.2011: Realisierung eines Radwegs parallel zur Hohlstrasse auf dem heutigen Areal des Güterbahnhofs anstelle der beantragten Änderung der Baulinien

Von Alecs Recher (AL) und 5 Mitunterzeichnenden ist am 7. Dezember 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob und gegebenenfalls wie er in Absprache mit dem Kanton anstelle der beantragten Änderung der Baulinien (Weisung 2010/443) einen Radweg parallel zur Hohlstrasse auf dem heutigen Areal des Güterbahnhofs / vor dem zukünftigen PJZ realisieren kann.

Begründung:

Mit der Weisung 2010/443 beantragt der Stadtrat eine Ausweitung der Baulinien Hohlstrasse von 24 auf 28 Meter. Der zusätzliche Raum soll insbesondere einen Radweg ermöglichen. Dieses Ansinnen einer sichereren abgetrennten Veloführung ist grundsätzlich zu begrüßen. Dies könnte aber möglicherweise auch ohne Verbreiterung des Strassenraumes und damit ohne Beschränkung der nördlich angrenzenden privaten Grundstücke geschehen.

Der regionale Richtplan sieht einen Veloweg entlang der Hohlstrasse vor, der kommunale einen rückversetzten entlang der Gleise hinter dem Güterbahnhofsareal. Es wäre zu prüfen, ob nicht einer in dem Raum zwischen Hohlstrasse und dem (voraussichtlich) in Zukunft dorthin kommendem PJZ zu bevorzugen wäre. Mit dieser Führung könnte auf die Strassenverbreiterung verzichtet werden – ohne dass der Radweg entfielen.

Da im Kanton ja bekanntlich nun nach der Volksabstimmung vom 4.9.2011 die nächste Planungsrunde PJZ gestartet ist, sollte der Stadtrat dieses Anliegen schnellstmöglich dem Kanton unterbreiten.

Mitteilung an den Stadtrat

2087. 2011/477

Postulat von Simone Brander (SP) und 63 Mitunterzeichnenden vom 07.12.2011: Realisierung von Kaphaltestellen und einem Tempo 30-Regime im ganzen QUARZ- Bereich Nordbrücke unter vorläufiger Beibehaltung der heutigen Oberflächengestaltung der Nordbrücke

Von Simone Brander (SP) und 63 Mitunterzeichnenden ist am 7. Dezember 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei einem Ersatz der Nordbrücke im Jahr 2012 die Oberfläche der Nordbrücke vorerst wieder so wie heute gestaltet wird (inkl. Erhalt aller Fussgängerstreifen). Insbesondere auf die geplante Verbreiterung der Fahrbahn und die entsprechende Verschmälerung der Trottoirs ist zu verzichten.

Gleichzeitig soll der Stadtrat die Realisierung von Kaphaltestellen und einem Tempo 30-Regime im ganzen QUARZ-Bereich (inkl. Nordbrücke) an die Hand nehmen.

Der Ersatz der Nordbrücke darf zudem nicht isoliert betrachtet werden, sondern muss als Teil des gesamten Quartierzentrums Nordbrücke realisiert werden.

Begründung:

Die Nordbrücke ist Teil des Quartierzentrums Nordbrücke (vgl. Objektblatt «Aufwertung der Stadträume in den Quartierzentren, Nordbrücke, Fussgängerbereich 15») und im Verkehrsrichtplan als Fussgängerbereich festgelegt. Bei der Realisierung der QUARZ sollen generell die Aufenthaltsqualität verbessert und die öffentlichen Räume in erster Linie für den Fussverkehr aufgewertet werden. Die vom Stadtrat auf der Nordbrücke geplante Verbreiterung der Fahrbahn für den motorisierten Verkehr und die entsprechende Verschmälerung der Trottoirs widersprechen diesen Zielen diametral.

Zentrales Element, um die Aufenthaltsqualität im ganzen Quartierzentrum und damit auch auf der Nordbrücke zu verbessern, ist die Einführung eines Tempo 30- oder Tempo 20-Regimes. Bei der Nordbrücke handelt es sich weder um eine vom Bund bezeichnete Durchgangsstrasse, noch hat die Anordnung von Tempo 30 eine Auswirkung auf den Verkehr ausserhalb des Stadtgebiets. Deshalb liegt es auch beim überkommunalen Abschnitt Rotbuchstrasse–Nordstrasse in der Kompetenz der Stadt Zürich, ein Tempo 30-Regime anzuordnen.

Das Quartierzentrum soll nicht in Einzelteile zerlegt werden, die nach Fertigstellung aller Teile nicht mehr zusammenpassen. Der Ersatz der Nordbrücke muss deshalb im Einklang mit der Umgestaltung des Röschibachplatzes und der Aufwertung des ganzen Quartierzentrums stehen. Dazu gehört auch ein verbesserter Zugang zu und die Nutzung des erhöhten Platzes an der Nordseite der Nordbrücke.

Mitteilung an den Stadtrat

Die vier Motionen und die zwei Postulate werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 14. Dezember 2011, 14.15 Uhr.